

Antrag

Zur Beratung im nächsten Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Integration, im nächsten Kreisausschuss um Kreistag des Landkreises Gifhorn am 15.12.2023

#REMIGRATION und Zuzugsstopp: Keine weitere Erstaufnahmeeinrichtung im Landkreis Gifhorn. Den Willen der Bürger endlich umsetzen und Schluss mit der Willkommenspolitik!

Beschlussvorschlag (bitte jeden Punkt einzeln abstimmen):

Der Kreistag fordert die Kreisverwaltung auf,

1. sich bei der Landesregierung dafür einzusetzen, keine zusätzlichen Kontingente an Asylbewerbern mehr an den Landkreis Gifhorn zu verteilen und das deutliche Signal an die übergeordnete Politik zu senden, dass die Aufnahmekapazitäten im Landkreis Gifhorn erschöpft sind und dies auch öffentlich zu kommunizieren.
2. alle Maßnahmen zum Vollzug von Aufenthaltsbeendigungen zu intensivieren und öffentlichen Druck auf die übergeordnete Politik auszuüben, Ausreisepflichtige endlich konsequent abzuschieben.
3. alle Vorplanungen zu neuen Notunterkünften und Erstaufnahmeeinrichtungen der Politik und der Öffentlichkeit transparent zu machen.
4. die Voraussetzungen und Beratungsangebote für die freiwillige Ausreise abgelehnter Asylbewerber zu verbessern.
5. Ausreisepflichtige und abgelehnte Asylbewerber ausschließlich in Gemeinschaftsunterkünften und nicht in dezentralen Wohnungen unterzubringen.
6. alle landkreiseigenen freiwilligen sozialen Leistungen für abgelehnte und ausreisepflichtige Asylbewerber zu streichen.
7. bei der Versorgung von Asylbewerbern grundsätzlich Sachleistungen statt Geldleistungen zu gewähren.



015904267 - afd-fraktion-gifhorn@gmx.de - www.facebook.com/FraktionGifhorn

8. vor der abschließenden Entscheidung über eine neue Erstaufnahmeeinrichtung oder Sammel-/Notunterkunft, zum Zwecke der Meinungsbildung, ist eine Befragung der Bürger in der jeweiligen Gemeinde durchzuführen, um zu evaluieren, ob eine solche Einrichtung erwünscht ist.

Begründung

Selbst Mainstream-Medien und Regierungspolitiker, allen voran Schattenkanzler Olaf Scholz zeigen sich inzwischen besorgt über die gesellschaftlichen Folgen dieser extremistischen Migrations- und Asylpolitik, die auf dem gesamten Erdball ihres gleichen sucht.

Im Landkreis Gifhorn leiden die Bürger unter dieser böartigen, gegen deutsche Interessen gerichteten Migrationspolitik. Alleinerziehende Mütter, Rentner und Familien mit kleinen bis mittleren Einkommen finden keinen bezahlbaren Wohnraum mehr, weil Landkreis und Gemeinden diese für Migranten anmieten. An zentralen Orten, wie der Braunschweiger Straße in Gifhorn oder an den Bahnhofsvorplätzen hört man vereinzelt noch die deutsche Sprache gesprochen.

Die rot-grüne Kreistags- Mehrheit, angeführt von unserem "Döneken"- Landrat, betreibt eine besonders aggressive Form dieser sog. "Willkommenspolitik". 25 Millionen EUR hat der Landkreis im vergangenen Jahr für die Aufnahme, Unterbringung und Versorgung von Migranten ausgegeben. Gemeinden, wie die Stadt Gifhorn finanzieren diese Exzesse inkl. Luxus- Catering mit ihrer Kreisumlage und sehen sich gleichzeitig mit der Gefahr der Haushaltssicherung konfrontiert.

Über die Presse mussten wir jetzt erfahren, dass unsere Kreisvertreter sich mit ihren Parteifreunden aus der rot-grünen Landesregierung treffen und im Hinterzimmer bereits eine neue Erstaufnahmeeinrichtung und die Aufnahme hunderter zusätzlicher Migranten in den Landkreis Gifhorn planen.

Während die CDU in Gifhorn auch in dieser Frage konsequent die Opposition verweigert, klagt die AfD seit Jahren an, dass die finanziellen, räumlichen, gesellschaftlichen Bedingungen für eine erfolgreiche Integration längst erschöpft sind.

Wir fordern die CDU-Fraktion endlich auf, es ihren ostdeutschen Kollegen gleich zu tun und uns dabei zu unterstützen, endlich einen Paradigmenwechsel bei der Flüchtlingspolitik im Landkreis Gifhorn einzuleiten. Das mag dann den einen oder anderen linken Lokalredakteur nicht gefallen, bzw. den ein oder anderen bösen Blick beim nächsten Treffen mit den Sozialverbänden oder beim Grünkohl-Essen im Ortsverband zur Folge haben, aber die Mehrheit der Bürger im Landkreis unterstützt die Forderungen der AfD.



015904267 - afd-fraktion-gifhorn@gmx.de - www.facebook.com/FraktionGifhorn

Mit freundlichen Grüßen

Robert Preuß